

MOTION von Katrin Susanne Meier (SP, Zürich), Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen) und Susanna Rusca Speck (SP, Zürich)

betreffend Entschärfung der Situation stellenloser Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger durch die Bereitstellung eines Sonderkredites

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat gestützt auf Art. 8 des Einführungsgesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG, September 1999) eine Kreditvorlage vorzulegen, um eine Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und –abgängern, die nach Lehrabschluss keine Anschlusslösung finden, im Lehrbetrieb zu gewähren.

Der Kredit soll dazu verwendet werden, ein Drittel der Lohnkosten für die Weiterbeschäftigung während vier Monaten zu 100%, bzw. während acht Monaten zu 50% zu Lasten des Kantons zu übernehmen.

Katrin Susanne Meier
Markus Späth-Walter
Susanna Rusca Speck

Begründung:

Die neusten Zahlen des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) belegen die heutige Situation schwarz auf weiss: Von 419 stellenlosen Lehrabgängerinnen im Dezember 2008 stieg die Anzahl Jugendlicher ohne Anschluss bis im Dezember 2009 auf 641. Dies entspricht einer Steigerung der Arbeitslosenquote um 50%. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage wird es für Jugendliche nach Abschluss der Berufsbildung auch in Zukunft schwieriger sein, eine Stelle zu finden. Durch das Angebot einer Weiterbeschäftigung im Betrieb bietet sich den Jugendlichen ohne Anschlusslösung eine sinnvolle Alternative zur Arbeitslosigkeit; gleichzeitig haben sie die Möglichkeit, im erlernten Beruf die häufig verlangte Praxiserfahrung zu erwerben. Die aufwändige Stellensuche fällt nicht mehr in die Zeit des Qualifikationsverfahrens, die Lehrlinge können sich neben dem Lernen auf die Arbeit konzentrieren. Zudem verteilt sich die Stellensuche auf einen längeren Zeitraum. Auch können die Betriebe von den jungen Berufsleuten profitieren, indem sie diese den neuen Lernenden zur Seite stellen.